

# Riesener Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tagesblatt Riesa.  
Fernruf Nr. 20.

Das Riesener Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des  
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postfachkonto: Dresden 1589  
Circulafle Riesa Nr. 52.

Nr. 29.

Mittwoch, 4. Februar 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Riesener Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Not. Für den Fall des Eintrits von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Roh- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Firmen des Druckgeschäftes sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gebühr für das Erscheinen in bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die Werbungen 10 Pfennig, wenn der Betrag verfallt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontour gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Neutägige Unterhaltungsbeilagen können ebenfalls aufgegeben werden. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.

## Der Kampf gegen Dr. Luther.

Von unserem Berliner Vertreter.

Berlin, 4. Februar. In den parlamentarischen Kreisen spricht man sich heute noch von den bevorstehenden Auseinandersetzungen über die Abfertigung der Sozialdemokratie. Man erwartet, daß die Abfertigung der Sozialdemokratie durch den Reichstag, die Vertrauensfrage in der einen oder anderen Form zu stellen. In den Regierungskreisen hat man übrigens den Eindruck, daß die sozialdemokratische Opposition im gegenwärtigen Augenblick weniger darauf ankommt, das Reichskabinett zu erzwingen, als vielmehr darauf, die parlamentarischen Schwierigkeiten zu verzögern. Insbesondere scheint sich die Sozialdemokratie der Hoffnung hinzugeben, daß die weitestgehende Arbeitervertreter im Zentrum ebenfalls von der Reichsregierung scharf abgelehnt werden.

Die Tonart der demokratischen Blätter ist ebenso scharf wie die der sozialdemokratischen Blätter. Ein demokratisches Blatt gibt sogar die allgemeine Angriffsparole aus, indem es schreibt: "Die Schwereindustrie regiert in Deutschland!" Weiterhin glauben die Linksparzellen der Regierung den Vorwurf machen zu können, daß die bei der Verabschiedung der Entschädigungen nicht die mindeste Rücksicht darauf genommen habe, ob auch eine direkte und ungedeckelte Verteilung der Gelder unter den beteiligten Industriellen vorgenommen würde. Man müsse daher den Eindruck haben, daß Dr. Stresemann und Dr. Luther gerade die Schwereindustrie begünstigen wollten.

Die Reichsregierung hat Erklärungen abgegeben, aus denen hervorgeht, daß weder eine Verletzung des Budgetrechtes des Reichstages noch der Vorwurf einer Sonderbegünstigung der großen Unternehmungen in Frage kommen könnte. Trotz alledem wollen die Demokraten und Sozialdemokraten sich mit den Ansichten der Reichsregierung nicht zufrieden geben, sondern behaupten "daran", daß Dr. Stresemann und Dr. Luther vor den Reichstag zitiert werden müssen, um der Volksovertretung Rede und Antwort zu geben. Die offizielle volksparteiliche "Zeit" teilt mit, daß das Reichskabinett beschlossen sei, dem Reichstag eine etwa-mäßige Rechnungsaufstellung vorzulegen und daß die aus-gesprochenen Entschädigungen absolut nicht den Umfang gerech-tigter Forderungen überschritten haben. Die Korrespondenz, die Dr. Stresemann als damaliger Reichsminister über diese Frage mit Hugo Stinnes geführt habe, sei seine Privatkorrespondenz, sondern habe den Charakter eines amtlichen Schriftwechsels getragen. Im übrigen hätten die sozialdemokratischen Bergarbeiterführer von der Angelegen-heit gewußt, denn der Gewerkschaftler Düsemann habe im Namen des Bergarbeiterverbandes ein Schreiben an die Re-gierung geschrieben, in welchem bemerkt wird, daß ein Ver-lagen des Reiches bei der Finanzierung der Entschädigungen zum Bürgerkrieg in Deutschland und zum Chaos im Ruhr-gebiet führen würde.

Die in Aussicht gestellte Denkschrift der Reichsregierung ist nunmehr fertig gestellt worden. Ueber den hauptsächlichen Inhalt ist man in parlamentarischen Kreisen bereits unterrichtet, sodaß mit Sicherheit angenommen werden kann, daß die ganze Angelegenheit schon in einer der näch-sten Reichstagskammern von der Opposition zur Sprache ge-bracht wird. Im übrigen aber ist vorzusehen worden, daß alle Parteien von der Denkschrift Stellung nehmen werden und daß insbesondere die der Regierung nahestehenden Fraktionen eine Entschädigung einbringen werden, die das Einverständnis mit dem Vorgehen der Regierung zum Aus-druck bringen soll. Es kann schon jetzt als einigermaßen sicher gelten, daß eine solche Entschädigung der Regierungs-parteien mit einer anfänglichen Mehrheit angenommen werden wird.

## Zur Regierungsbildung in Preußen.

Berlin, 4. Februar. Ueber die Unterhaltung des Abg. v. Campe (Dp.) mit dem Ministerpräsidenten Brauns können wir, entgegen allen anders lautenden Meldungen authentisch sagen: Herr Braun hat Herrn v. Campe aller-dings zwei Fragen vorgelegt. Die erste lautet, ob die Deutsche Volkspartei sich nicht doch noch entschließen könne, in die große Koalition wieder einzutreten. Die Antwort war ein unbedingtes solches Nein. Die zweite Frage ging dahin, ob die Deutsche Volkspartei bereit sein würde, das jetzige Kabinett oder doch ein von denselben Parteien gebildetes Kabinett unter gewissen noch zu vereinbarenden Bedingungen zu tolerieren, indem man gleichsam Ueber-gebung bei Fuß stehe. Herr v. Campe antwortete, seiner Ueber-zeugung nach sei auch das unmöglich, doch werde er diese Frage seiner Fraktion vorlegen, in der eine solche Möglich-keit noch nie erörtert sei. Er werde bis Donnerstag Ant-wort geben. Herr v. Campe gab seiner Ueberzeugung von der Unmöglichkeit einer solchen Lösung noch dadurch be-sonderen Ausdruck, daß er bat, in eine Erörterung über die etwa in Aussicht zu nehmenden Bedingungen nicht ein-zutreten.

## Die Dresdener Finanzministerkonferenz.

Dresden, 4. Februar. Die hier abgehaltene Konferenz der Finanzminister der Länder fand gestern nachmittags gegen 7/2 Uhr ihr Ende. Die Herren unternahmen im Anschluß daran eine Automobilfahrt nach Weitzschen zur Besichtigung der Staatlichen Porzellanmanufaktur.

## Herriot's parlamentarische Siege.

Der französische Ministerpräsident Herriot, der nach seiner Wiedererhebung nach langer Krankheit eine ziemlich komplizierte parlamentarische Situation vorfindet, hat neuerdings in der Frage der Abstimmung der französischen Botschaft beim Vatikan mit Hilfe der Linken einen entscheidenden parlamen-tarischen Erfolg über seine Gegner davon getragen. In Deutschland hat man bestimmte Gründe, diese Ereignisse der französischen Politik mit einiger Aufmerk-samkeit zu verfolgen, da sich aus ihnen gewisse Rück-schlüsse auf die deutsche Lage ergeben. Am auffal-lendsten zeigt sich diese Tatsache darin, daß Herriot, bevor er den entscheidenden Kampf in der Frage der Bot-schaft beim Vatikan aufnahm, eine gegen Deutsch-land gerichtete Rede in der Kammer hielt, die sogar den Beifall des Voincare-Blockes fand, und die geeignet war, Herriot als den Erneuerer der Politik Voincares er-scheinen zu lassen. Es zeigte sich aber schon sehr bald, daß der französische Ministerpräsident nur deswegen gegen Deutschland losging, um seine Gegner zu beschwichi-tigen und seine vorkriegliche Politik im eigenen Lande wenig bedenklicher erscheinen zu lassen.

Die französische Linke war über die aggressive Rede Herriot's gegen Deutschland nicht gerade sehr erfreut. Die Sozialisten weigerten sich sogar, für den öffentlichen An-schlag dieser Rede zu stimmen, indem sie erklärten, der Ministerpräsident habe ja die Rechtsparteien auf seiner Seite und möge mit ihrer Unterstützung eine derartige Politik zur Durchführung bringen. Man ist aber Herriot ein Mann, der in der innersten Stelle seines Herzens vertrauenswürdig ist, wenn man ihn zum Realisten im strengen Sinne will und an seine demokratische Prinzipien keine irgendwelche Zweifel setzt. Er drohte denn auch, sofort seine Demission einzubringen, wenn der Anschlag seiner Rede mit einer Reichsmehrheit beschloffen werden sollte, und er versicherte, daß er unter keinen Umständen bereit sei, eine Politik zu führen, die nicht von der Linken ge-tragen werde. Die Folge davon war, daß Herriot sich veranlaßt sah, nochmals vor die Kammer hinzutreten und einen Teil seiner Erklärungen zu widerrufen, indem er bemerkte, er habe nicht genügend Zeit gehabt, seine Rede genau zu formulieren, so daß er vollkommen mißver-standen worden sei. Damit konnte der Ministerpräsident die Sozialisten versöhnen, die aber auch jetzt noch sehr heurichtigt sind und mit dem größten Eifer darüber machen, daß Herriot den Rechtsparteien keinerlei Zusagen machen will.

Als die Abstimmung über die Oppositionsprojekte in der Frage der Abstimmung der Botschaft beim Vatikan stattfand, geriet Herriot in eine außerordentlich schwie-rige Situation. Die Linke war nicht damit einverstanden, daß Herriot dem Vatikan ein geringfügiges Entgegenkom-men zeigen wollte und war schon entschlossen, mit der Opposition zusammen zu stimmen und die Regierung zu stürzen. Da gelang es jedoch den Freunden Herriot's im letzten Augenblick, der Tagesordnung der Regierung eine Form zu geben, die für den Vatikan besonders vorteilhaft und demütigend war, und schon hatte Herriot die erfolg-berliche Mehrheit.

Herriot ist jetzt auf Geduld und Verdrerb darauf an-gewiesen, eine rückwärtslose Politik zu treiben. Er muß den Kampf mit der Rechten aufnehmen und darf auch nicht die geringfügigsten Zeichen der Schwäche auf-weisen, da sonst die Sozialisten und der linke Flügel der Radikalen ihm ihre Gefolgschaft verlagern. Für Deutschland ergibt sich aus dieser Sachlage immerhin eine ziemlich kritische Situation. Wird Herriot gestürzt, so ist es wahrscheinlich, daß Briand oder ein noch weiter rechtsstehender Demokrat die Regierung übernimmt und Voincare allmählich seinen alten Ein-fluß zurückgewinnt. Bleibt dagegen Herriot, so wird er sich nur halten können, wenn er seine Politik gegenüber Deutschland mit Hilfe der Linken fortführt, d. h. wenn er darauf verzichtet, sich von den ausgespro-chenen Voincare freundschaftlichen Kräften zu Unvorsichtigkeiten gegenüber Deutschland drängen zu lassen.

## Zurückziehung von Eisenbahnkontrollposten.

Worms, 4. Februar. Der interalliierte Unter-suchungsunterausschuß der Rheinlandseisenbahn hat verurteilt, daß ab 7. Februar mittags die Eisenbahnkontrollposten in Worms, Eberbach, Ollsbach, Gräfrath und Engelskirchen zurückgezogen sind. Damit wird Worms-frieden, das seit 1918 englische Besatzung hat, von Truppen frei. Die aus Ollsbach zurückziehenden Truppen werden in Köln ihren Truppenteil übergeben und die von ihnen belegten Baracken am Freitag der Stadtverwaltung zurück-gegeben. Die bisherige Bahnpolizei, Bah- und Güterkontrolle in Ollsbach wird in eine Verkehrsüberwachungsstelle um-gewandelt; der bisherige englische Offizier bleibt weiter als Leiter der Stelle im Amt. Militärpolizeibeamte werden künftig stichwellige Kontrollen des Personen- und Güter-verkehrs vornehmen. Die bisherigen Bahnpolizeibeamten werden nicht geändert.

## Ueberreichung der deutschen Note erst heute.

Paris, 4. Februar. Die Ueberreichung der deutschen Note ist im letzten Augenblick verschoben worden. Staatssekretär v. Trendelenburg begünstigte sich damit, Herrn Reynaldi da-von schriftlich in Kenntnis zu setzen, daß die Antwort erst im Laufe des heutigen Vormittags überreicht werde.

## Großfeuer in Hamburg.

Dampburg. (Funkpruch.) Ein Riesengericht, das enorme Werte zerstörte, hat gestern abend die Altonaer Futtermittelfabrik von Samelmann heimgesucht. Das Feuer entstand aus bisher unbekannter Ursache in der Dampfschneiderei der Strohpresse. Die mit allen verfügbaren Mannschaften erschienene Feuerwehr stand einem Flammen-meer gegenüber. Zur Befämpfung der immer neu auf-tauchenden Brandherde wurden 20 Rohrleitungen angelegt. Mit großem Getöse stürzte in kurzen Zwischenräumen das Dachwerk des Dampferwerkes zusammen, 20 Meter hohe Feuergeränge zum weithin geröteten Himmel entzündend. Eine kolossale Menschenmenge umfäumte die von der Schutzpolizei gesperrte Brandstätte. Erst in später Abend-stunde konnten die ersten Räumungsarbeiten in Angriff genommen werden.

## Neue Goldsendung nach Deutschland.

Die New Yorker Bankfirma Morgan hat neuerlich 2 1/2 Millionen Dollar Gold nach Deutschland gesandt. Ferner wurden, wie die B. Z. meldet, 100 000 Dollar Gold nach Indien geschickt.

## Die deutsch-französischen Verhandlungen.

Berlin, 4. Februar. Wie wir hören, hat Staats- sekretär von Trendelenburg der französischen Regierung eine Antwortschrift des Reichskabinetts überreicht, in der auf die in der letzten französischen Note an Deutschland gerichteten Fragen sehr ausführlich erwidert wird. Bevor die Verhandlungen fortgesetzt werden, wird die französische Regierung die deutsche Antwort zu prüfen haben. Deutsch-lands Seite man auf dem Standpunkt, daß ein Einigen- kommen gegenüber den französischen Forderungen möglich sein wird, wenn sich Frankreich bereit erklärt, nach Beendi-gung des Provisoriums einen Handelsvertrag abzuschließen, der Deutschland dann praktisch das Meistbegünstigungsrecht zugeht.

## Direkter Meinungsäustausch Paris-Berlin.

Berlin, 4. Februar. In den Kreisen des Berliner Auswärtigen Amtes bestärkt man die Meldungen, die davon wissen wollen, daß es in der Sicherheitsfrage vor-aussichtlich zu einem direkten deutsch-französischen Mei-nungsäustausch kommen wird. Es handelt sich dabei aber nur um unverbindliche Unterhandlungen, die lediglich vor-bereitenden Charakter haben. Da weder deutscherseits, noch französischerseits an irgendwelche Sonderabmachungen ge-dacht wird, so ist es selbstverständlich, daß die endgültige Lösung der Sicherheitsfrage nur unter Mitwirkung der anderen beteiligten Regierungen zustande kommen kann.

## Was die englische Admiralität benötigt.

London. (Funkpruch.) Daily News zufolge fordert die Admiralität für das Finanzjahr 1925/26 außer dem bereits gemeldeten 8 Kreuzern zu je 10 000 Tonnen noch 3 U-Boote, ein Flugzeugmuttergeschiff, einen Minenleger, ein Depotgeschiff für Zerstörer und ein Depotgeschiff für U-Boote sowie ein Spezialgeschiff für überseeische Depots.

## Der deutsch-amerikanische Handelsvertrag vom Senatsauschuß angenommen.

New York. (Funkpruch.) Der Senatsauschuß für auswärtige Angelegenheiten hat sich einstimmig für den Handelsvertrag mit Deutschland ausgesprochen, vorbehaltlich jedoch des Rechts der Vereinigten Staaten, nach Ablauf eines Jahres bei einer Kündigungsklausel von drei Monaten die Bestimmungen über Vergütung und Eisen-bahnzölle abzuändern.

## Dr. Eden's Verhandlungen mit England und Italien.

Berlin, 4. Februar. Kurz nach der glücklichen Fahrt des „J. R. 5“ von Friedrichshafen nach Lakehurst tauchten zahlreiche Projekte auf, die sich mit der Schaffung von Luftschiffen für Starzluchtschiffe beschäftigten. U. a. verhandelte die eng-liche Regierung mit Friedrichshafen über den Erwerb von Vessens und auch Italien zeigte sich für den Bau von Vassageluchtschiffen nach dem Muster des „J. R. 5“ ein-zeln. Diese Pläne scheinen sich jetzt zu verdichten. Dr. Eden ist, nachdem er in London mehrere Tage mit maßgebenden Stellen verhandelt hat, jetzt auf der Reise nach Mailand, wo er voraussichtlich einige Zeit verweilen wird. Diese Fahrt wird mit den Gerüchten über die Schaffung einer italienischen Luftflotte für Starzluchtschiffe in Verbindung ge-bracht. Die amerikanische Good Year Company, die sich das Recht des Baues von Zeppelinluftschiffen für Amerika gesichert hat, verhandelt gegenwärtig mit Kapitänleutnant Flemming vom „J. R. 5“, der die Leitung der Luftschiff-schule Akron (Ohio) übernehmen soll. Auch anderen in Deutschland lebenden Zeppelinführern sind von den Ameri-kanern ähnliche Verträge angeboten worden.